

Kein Krieg, zumindest für Reiche

Bisher hängt in der Ukraine die Militäreinberufung nicht vom Einkommen ab. Doch die Regierungspartei denkt darüber nach, das zu ändern. Das sei ungerecht, klagen Oppositionelle. Aber Ökonomen sehen darin Vorteile

Aus Luzk **Juri Konkewitsch**

Im ukrainischen Präsidentenbüro denkt man darüber nach, die Regeln zur Einberufung in die Armee zu ändern. Ein Kriterium dafür soll die Höhe der Einkommensteuer sein. Das berichten in der Ukraine Medien wie *Forbes* und *Suspilne*. Über eine solche Idee werde zwar nachgedacht, aber die Regierungspartei *Sluha narodu* (Diener des Volkes) oder das Parlament stellen sie bisher nicht offiziell zur Diskussion.

Laut *Forbes* sollen ukrainische Staatsbürger dann vom Militärdienst verschont werden, wenn sie monatlich 6.000 Hrywnja Einkommensteuer oder mehr zahlen und damit mindestens 33.400 Hrywnja (ca. 800 Euro) verdienen. Zum Verständnis: das durchschnittliche Monatsgehalt in der Ukraine betrug im September 2023 etwas mehr als 14.000 Hrywnja (300 Euro), nach Angaben des ukrainischen Pensionsfonds.

Ein anderer Vorschlag gehe noch weiter: Arbeitnehmer, für die der Arbeitgeber etwa 14.500 Hrywnja (320 Euro) an Steuern zahlt und die damit ca. 66.000 Hrywnja (1.500 Euro) monatlich verdienen, könnten mit einer Zurückstellung vom Militärdienst rechnen. Für Arbeitnehmer im IT-Sektor, die bislang vom Militärdienst befreit sind, spricht man von einem Mindesteinkommen von umgerechnet 3.400 Euro. Sie würden demnach auch künftig nicht einberufen werden.

Aktuell sind außerdem Männer im wehrpflichtigen Alter, die im Bereich der kritischen Infrastruktur wie Energieversorgung, kommunalen Versorgungseinrichtungen, im Rettungsdienst, im Justizdienst arbeiten, sowie Beamte vom Militärdienst befreit.

Bereits Ende 2023 legte die Regierung dem Parlament ein Gesetz über Änderungen bei der Mobilmachung vor. Das ukrainische Verteidigungsministerium bereitet derzeit ein neues Verfahren vor. Die Regierungspartei *Diener des Volkes* erklärte, Änderungen mit Blick auf die



Das Einkommen im Job spielte bislang an der Front keine Rolle, wie hier in einem Panzer in der Ostukraine. Foto: Viacheslav Ratynskiy/reuters

Einkommensteuer wolle sie in einer Fraktionssitzung erörtern.

Viele prominente Wirtschaftswissenschaftler in der Ukraine sehen bei der Mobilmachung in Abhängigkeit vom Einkommen Vorteile. Der Leiter des nichtstaatlichen Zentrums für Wirtschaftsstrategie in Kyjiw, Hlib Vyshlinsky, meint zum Beispiel, dass dies der „beste Anreiz zur Legalisierung von Gehältern in der Geschichte des Landes“ sei. Der Wirtschaftswissenschaftler und Politiker Pawlo Kukhta nennt solche Regelungen „eine Demonstration des kompetenten Umgangs mit der Macht“ im Zermürbungskrieg zwischen den Volkswirtschaften der Ukraine und Russlands.

Und der Finanzexperte Serhij Fursa bezeichnet die geplanten Änderungen als „einen Schritt zu einer effektiveren Kriegsführung“. Außerdem sagte er: „Der Staat sollte bei der Entscheidung, wer in der Armee dienen soll, von klaren Kriterien ausgehen. Eine davon ist, ob eine Per-

son Steuern zahlt, die auch die Armee finanzieren.“

Oppositionspolitiker sowie einige Abgeordnete der Regierungspartei sind jedoch der Ansicht, dass die Aufnahme hoher Einkünfte in die Liste der Gründe zur Befreiung vom Militärdienst zu heftigen Diskussionen führen werde, weil die Menschen die Möglichkeit,

„Der beste Anreiz zur Legalisierung von Gehältern in der Geschichte des Landes“

Hlib Vyshlinsky, Zentrum für Wirtschaftsstrategie in Kyjiw

sich quasi offiziell von der Armee „freikaufen“ zu können, als ungerecht und diskriminierend empfinden würden.

Genau das wird aktuell auch in den sozialen Medien diskutiert. Diese Initiative sei ungerecht, ein „Schlag ins Gesicht

der Freiwilligen“ und spalte die Gesellschaft.

„Es bedeutet, dass die größte Last der Landesverteidigung von denjenigen getragen wird, die am wenigsten davon haben; die in eine arme Familie hineingeboren wurden und die Armut geerbt haben; die in der Provinz aufgewachsen sind und in einer Großstadt nicht Fuß fassen konnten; die nicht das finanzielle Polster hatten, um unternehmerische Risiken einzugehen, oder denen es schlicht an Beziehungen fehlte“, schrieb die Parlamentsabgeordnete Solomiya Bobrowska von der liberalen Partei Holos (Stimme).

Die Gegner des legalen „Freikaufens“ vom Armeedienst erinnern daran, dass das Militär in der Ukraine bisher nicht von Gehalt und sozialem Status abhängt. Darüber hinaus könne die These von den „Armen in der Armee und faulenzenden Reichen im Hinterland“ den Russen helfen, die ukrainische Gesellschaft zu spalten. „Diese Art der Mobilisierung wird die uk-

rainische Gesellschaft als ungerecht empfinden. Das hat auch mit Überbleibseln von Einstellungen aus der Sowjetzeit zu tun: Wir mögen es nicht, wenn jemand viel verdient“, sagte Wolodymyr Paniotto, Professor für Soziologie an der prestigeträchtigen Kyjiw-Mohyla Akademie.

Und Tymofiy Mylowanow, Präsident der Kyiv School of Economics, schrieb auf Facebook, dass sich viele wohlhabende Ukrainer jetzt mit Schmiergeldern vom Kriegsdienst loskaufen oder es auf diese Weise schaffen, an weniger gefährlichen Orten zu dienen.

Stattdessen schlug er vor, dass unter diesen Umständen der einzig mögliche faire Mobilisierungsmechanismus eine Lotterie sei. Er persönlich halte dies nicht für den richtigen Ansatz, aber diese Auslosungsmethode sei immerhin 1969 auch in den Vereinigten Staaten während des Vietnamkriegs angewandt worden.

Aus dem Ukrainischen Gaby Coldewey

nachrichten

Putin: Wir machen weiter

Russlands Präsident Wladimir Putin hat am Abend vor dem orthodoxen Weihnachtsfest Familien in der Ukraine gefallener russischer Soldaten getroffen und zur Unterstützung der Armee aufgefordert. „Viele unserer Männer, unsere mutigen, heldenhaften Jungs, russische Krieger, verteidigen auch jetzt, an diesem Feiertag, die Interessen unseres Landes mit der Waffe in der Hand“, sagte Putin. Er wünsche sich „ein klares Signal, dass meine Kollegen immer und überall an ihrer Seite sind, ich wiederhole, auf jeder Ebene der Macht.“ (rtr)

Selenskyj: Wir schaffen das

Russlands Angriff kann dem ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj zufolge zurückgeschlagen werden. „Selbst Russland kann wieder dazu gebracht werden, internationales Recht zu wahren. Der Angriff kann besiegt werden“, sagte Selenskyj bei einer Konferenz in Schweden per Videoschalt. Die Lage auf den Schlachtfeldern sei derzeit relativ stabil. (rtr)

Angriffe und Tote in Cherson

Im südkrainischen Cherson sind nach offiziellen Angaben durch russischen Beschuss mindestens zwei Menschen ums Leben gekommen. „Die russische Armee hat heute ein paar Stunden lang ununterbrochen die Wohnviertel von Cherson beschossen“, erklärte Militärgouverneur Olexander Prokudin am Sonntag. Getroffen worden seien unter anderem ein Markt und mehrere Wohnhäuser. Im Dorf Sadowe wurde eine Kirche getroffen und ein 73-jähriger verletzt. (dpa, taz)

Michel geht – Orbán profitiert?

Der ständige EU-Ratspräsident, Charles Michel, will sein Amt niederlegen. Da Ungarn den rotierenden Ratsvorsitz im Juli übernimmt, könnte das dem Rechtspopulisten Viktor Orbán in die Karten spielen

Aus Brüssel **Eric Bonse**

Ein Paukenschlag für die Europäische Union: Der ständige Ratspräsident Charles Michel hat seinen Rückzug angekündigt. Der liberale Belgier will für seine Partei „Mouvement Réformateur“ (MR) bei der Europawahl antreten und am 16. Juli sein Amt an der EU-Spitze niederlegen.

In Brüssel geht nun die Sorge um, dass ausgerechnet Viktor Orbán von diesem Schritt profitieren könnte. Der ungarische Rechtspopulist übernimmt am 1. Juli für sechs Monate den rotierenden Ratsvorsitz. Orbán tritt damit zwar nicht in Michels Fußstapfen. Dennoch könnte er die EU-Agenda zu einer kritischen Zeit prägen. Viele EU-Regierungen kritisieren Ungarns Ministerpräsidenten unter anderem, weil er die Demokratie in seinem Land einschränkt.

„Ich habe beschlossen, bei der Wahl zum Europäischen Parlament im Juni 2024 zu kandidieren“, sagte Michel. Vier Jahre nach Beginn seiner Amtszeit sei es seine Verantwortung, sowohl Rechenschaft über die Arbeit der vergangenen Jahre abzulegen als auch ein Projekt für die Zukunft Europas voranzutreiben“, so der 48-Jährige.

Völlig überraschend kommt der Schritt nicht. In seinem Amt als ständiger Ratspräsident, das er 2019 von Donald Tusk übernahm, konnte Michel sich nie wirklich durchsetzen. Der Dauerteilnehmer mit EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen (CDU) überschattete seine Tätigkeit. Als Tiefpunkt gilt das sogenannte Sofagate: Michel

und von der Leyen waren 2021 gemeinsam auf einem Besuch bei Präsident Recep Erdoğan in die Türkei gereist. Während es sich Michel im Sessel neben Erdoğan bequem machte, wurde von der Leyen aufs Sofa verwiesen – ein diplomatischer Eklat.

Michel hat seither zwar wieder Boden gutgemacht. Beim letzten EU-Gipfel im Dezember gelang ihm gemeinsam mit Kanzler Olaf Scholz das Kunststück, eine Blockade im Streit um den EU-Beitritt der Ukraine zu verhindern. Orbán nahm an der entscheidenden Abstimmung nicht teil, Michel konnte grünes Licht für Beitrittsgespräche geben. Mit seinem vorzeitigen Abgang sorgt er jedoch erneut für Ärger.

Ursprünglich sollte Michel noch bis Ende November als EU-Chef fungieren. Damit hätte er über die Zeit von der Europawahl im Juni bis zur Ernennung einer neuen EU-Kommission im Herbst für Kontinuität an der EU-Spitze gesorgt. Nun könnte

Ungarn in die Lücke stoßen, die Michel wohl schon im Sommer hinterlässt.

„Ausgerechnet Victor Orbán würde dann Interimspräsident, da Ungarn die rotierende Präsidentschaft innehaben wird“, schrieb die Vizepräsidentin des Europaparlaments, Katarina Barley (SPD), auf X. „Kann man sich nicht ausdenken.“

Führungslos wird die EU allerdings nicht. Von der Leyen ist noch bis Herbst im Amt, bei ihrer möglichen Wiederwahl sogar noch bis 2029. Dass Orbán von Michels plötzlichem Abgang profitiert, ist auch nicht sicher. Schließlich dürfte die EU spätestens bei ihrem Gipfeltreffen Ende Juni einen neuen Ratspräsidenten wählen. Als mögliche Kandidaten gelten der scheidende niederländische Regierungschef Mark Rutte und der frühere Chef der Europäischen Zentralbank, Mario Draghi. Ein Machtvakuum dürfte es an der EU-Spitze also nicht geben.

„Ausgerechnet Victor Orbán würde dann Interimspräsident“

Katarina Barley, Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments

taz * panterstiftung

TRANS. CONTINENTAL

Africa's Future and the Competition of Global Powers

54-seitiges Magazin mit Berichten und Reportagen aus dem Afrika-Workshop der taz Panter Stiftung

Bestellen gegen Spende taz.de/stiftung